

Bundesbürger stehen mit großer Mehrheit hinter Europa

- Rund 90 Prozent der Bundesbürger befürworten die Einigung Europas
- Etwa die Hälfte steht allerdings der Europäischen Union skeptisch gegenüber
- Mehr Kompetenzen für Mitgliedsstaaten würden Akzeptanz erhöhen

Die Bundesbürger unterstützen mit großer Mehrheit die europäische Idee. Aber sie haben große Bedenken, weitere Kompetenzen an die Europäische Union (EU) abzugeben. Das sind die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut forsa am 22. und 23. Juni 2016 – zeitgleich zur Brexit-Abstimmung – für den Deutschen Sparkassen- und Giroverband in Deutschland durchgeführt hat.

Großes Interesse an Europa

Europa bewegt die Menschen in Deutschland. Rund zwei Drittel der Bundesbürger interessieren sich für das politische Geschehen in Europa und der Europäischen Union

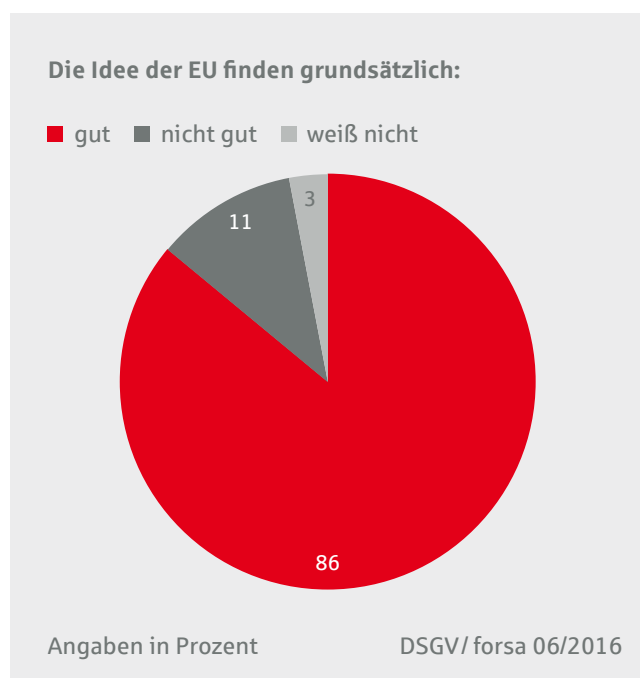
stark. Weit über 80 Prozent der Befragten finden die Idee, dass die Staaten in Europa wirtschaftlich und politisch enger zusammenwachsen, grundsätzlich gut – mehr als vor fünf Jahren. Und eine überwältigende Mehrheit von fast 90 Prozent der befragten Bundesbürger hält es aus heutiger Sicht auch für richtig, dass sich Deutschland für die Einigung Europas eingesetzt hat. Lediglich knapp ein Zehntel der Bundesbürger findet das nicht richtig.

Europa bringt mehr Vorteile als Nachteile

Mehr als die Hälfte der Bundesbürger ist auch der Ansicht, dass Deutschland durch sein Engagement für Europa und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union alles in allem mehr Vorteile gehabt hat. Lediglich weniger als ein Viertel findet, dass eher die Nachteile überwiegen. Die Vorteile für Deutschland durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union sehen die Bundesbürger insbesondere (jeweils mehr als 70 Prozent) im offenen Binnenmarkt, der Sicherung des Friedens und der gemeinsamen Währung. Mehr als zwei Drittel der Befragten finden die offenen Grenzen und die Arbeitnehmerfreizügigkeit vorteilhaft.

EU entscheidet zu viel

Trotz der überaus positiven Grundhaltung zu Europa, zum europäischen Einigungsprozess und zur Europäischen Union steht jedoch etwa die Hälfte der Bundesbürger der Europäischen Union skeptisch gegenüber. Sie meinen, die EU entscheide heute zu viel über Dinge, über die besser die einzelnen Staaten entscheiden sollten. Zwar halten die Bundesbürger mehrheitlich eine einheitliche europäische Verteidigungspolitik, Außenpolitik und Kriminalitätsbekämpfung für sinnvoll. Bei der Sozialpolitik, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Sicherung der Spareinlagen sind jedoch jeweils rund zwei Drittel der Bundesbürger der Meinung, die Zuständigkeit sollte bei den einzelnen Staaten liegen.



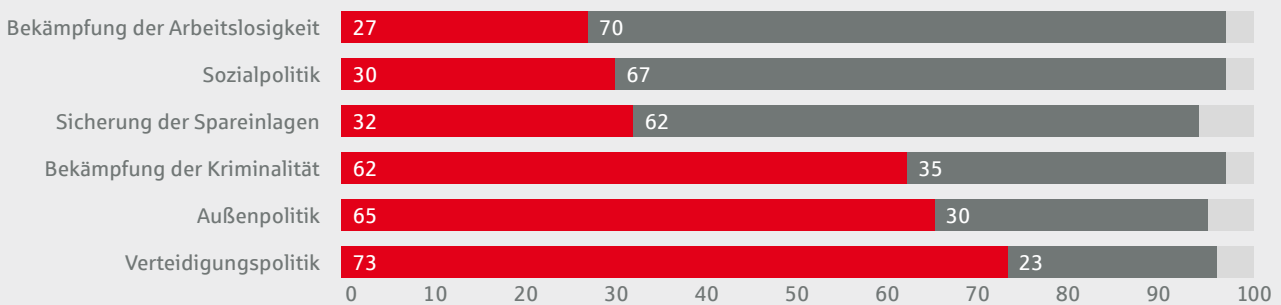
Keine weitere Verlagerung von Kompetenzen auf die EU

Nur eine Minderheit – gut ein Viertel – der Bundesbürger sieht in „mehr Europa“ im Sinne einer weiteren Verlagerung von Kompetenzen auf die EU ein geeignetes Mittel, um die

Akzeptanz der EU bei den Bürgern zu erhöhen. Rund die Hälfte der Bundesbürger glaubt hingegen, dass dies eher durch eine Rückübertragung von Kompetenzen an die Mitgliedsländer gelingen kann.

Wer soll für die Lösung dieser Probleme zuständig sein?

■ Europäische Union ■ jeder einzelne Staat ■ weiß nicht

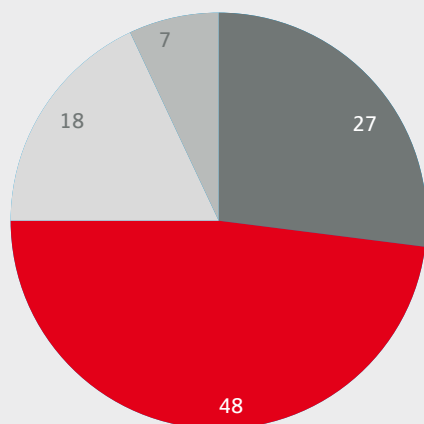


Angaben in Prozent

DSGV/ forsa 06/2016

Damit die Europäische Union bei den Bürgern wieder mehr Akzeptanz findet, wäre besser:

■ eine Verlagerung von mehr Kompetenzen an die EU
■ eine Rückübertragung von Kompetenzen an die Mitgliedsländer
■ weder noch
■ weiß nicht



Angaben in Prozent

DSGV/ forsa 06/2016